



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

IV-7 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVI. GP



Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

Freitag, 23. November 2018

Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 23. November 2018

Tagesordnung

1. 1WK 13915/2018 ADD 22 LIMITE
Draft Agreement on the withdrawal of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland from the European Union and the European Atomic Energy Community, as agreed at negotiators' level on 14 November 2018 (DE version)
(43046/EU XXVI.GP)
2. WK 13918/2018 INIT LIMITE
Outline of the political declaration setting out the framework for the future relationship between the European Union and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, as agreed at negotiators' level on 14 November 2018
(42565/EU XXVI.GP)

Die beiden Tagesordnungspunkte wurden unter einem verhandelt.

BREXIT

Im EU-Hauptausschuss, der im Vorfeld des Sondergipfels am Sonntag, dem 25. November 2018 zum Brexit stattfand, waren sich alle einig, dass der Austritt Großbritanniens einen Schaden sowohl für das Land selbst als auch für die EU darstellt. Man verliere mehr als einen Nettozahler, so der Tenor, auch wenn sich das Land manchmal als ein Bremsen im Hinblick auf die Integration gezeigt habe. Sorgen wurden vor allem in Bezug auf die in Großbritannien lebenden EU-BürgerInnen geäußert, zudem stehen Befürchtungen im Raum, wonach der Inselstaat den Weg eines aggressiven Wettbewerbs und einer Steueroase gehen könnte. Das Austrittsabkommen enthalte Bestimmungen, um das möglichst auszuschließen, betonte dazu **Bundeskanzler Sebastian Kurz**.

Der **Kanzler** zeigte sich noch immer optimistisch – deutlich optimistischer als noch vor ein paar Wochen, wie er sagte -, dass der Deal durchzubringen ist, auch wenn die Situation in Großbritannien nicht einschätzbar sei. Es sei gelungen, ein faires Austrittsabkommen zustande zu bringen, die politische Erklärung über das zukünftige Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU sei detaillierter ausgefallen als von der EU erhofft. Das Abkommen bezeichneten **Kurz und Kanzleramtsminister Gernot Blümel** als einen guten Kompromiss, die Guidelines würden eine gute Basis für eine hoffentlich enge und dauernde Partnerschaft darstellen.

Auch was die noch offene Gibraltar-Frage betrifft, so äußerte sich die Regierungsspitze zuversichtlich, noch vor dem Sonntag eine Lösung zu finden. **Blümel** stellte zudem klar, dass Spanien nicht darauf gepocht habe, das Verhandlungspaket aufzumachen. Außerdem ist für die Zustimmung eine qualifizierte Mehrheit und nicht die Einstimmigkeit notwendig.

Ein weiteres Referendum schloss der **Bundeskanzler** aus. Diese Diskussion werde eher in der EU und in den Medien geführt, nicht aber in Großbritannien. Außerdem stelle sich die Frage, worüber abgestimmt werden sollte, entweder lege man die gleiche Frage wie vor zwei Jahren noch einmal vor, oder man lasse über den Deal, bzw. über ein Notszenario abstimmen.

Großes Lob gab es von allen Seiten für den Brexit-Chefverhandler Michel Barnier, der mit seiner transparenten Verhandlungsführung und Informationspolitik entscheidend zum Erfolg beigetragen habe. Wesentliche Voraussetzung sei zudem gewesen, dass das Mandat des Rates für die Kommission sehr klar gewesen sei und die 27 Mitgliedstaaten immer einhellig vorgegangen seien. Die österreichische Ratspräsidentschaft habe Barnier bei seiner Aufgabe tatkräftig unterstützt, so Bundeskanzler Kurz und EU-Minister Blümel.

In der Debatte war in diesem Punkt auch kaum Kritik an der Vorsitzführung zu vernehmen. **Reinhold Lopatka (ÖVP)**, **Erwin Angerer (FPÖ)** und **Johann Gudenus (FPÖ)** attestierten der Regierung professionelles Vorgehen. **Claudia Gamon von den NEOS** hob die enge Einbindung des Nationalrats in Form von Aussprachen mit dem österreichischen Delegierten bei den Brexit-Verhandlungen, Gregor Schusterschitz, sowie mit Michel Barnier positiv hervor.

Mit dem Austritt Großbritanniens geht mehr verloren als ein Nettozahler, gab **Reinhold Lopatka (ÖVP)** zu bedenken und verdeutlichte dies mit dem Hinweis, dass die 17 schwächsten Mitgliedstaaten der EU die gleiche Wirtschaftsleistung wie Großbritannien haben. Aber nicht nur das, Großbritannien habe auch einen bestimmten Geist in die EU eingebracht und mit seiner Korrektheit, Zielgerichtetheit und Vehemenz ein gutes Gegengewicht zu manch anderen Haltungen in der EU abgegeben, zeigte sich **Jörg Leichtfried (SPÖ)** mit **Lopatka** einer Meinung. Großbritannien sei einer der zwei Staaten innerhalb der EU, der auch militärische Präsenz außerhalb seiner Grenzen bewirken könne,

stellte **Leichtfried** fest. Wenn man heute über eine gemeinsame EU-Armee nachdenkt, dann wäre Großbritannien ein wichtiger Teil davon. In gleicher Weise bedauerten **Claudia Gamon (NEOS)** und **Bruno Rossmann (JETZT)** explizit die Entscheidung der Briten, die EU verlassen zu wollen, auch wenn sich das Land in Fragen der Integration manchmal als Bremser erwiesen habe, sagte **Gamon**.

Die Abgeordneten **Johann Gudenus (FPÖ)** und **Bruno Rossmann (JETZT)** gingen näher auf das zukünftige Verhältnis der Briten zur EU ein, worauf **Bundeskanzler Sebastian Kurz** feststellte, die Partnerschaft werde weiter eng sein. Man strebe eine Freihandelszone an, außerdem werde Großbritannien an verschiedenen EU-Programmen teilnehmen. Er geht davon aus, dass auch die kulturelle, militärische, aber auch menschliche Zusammenarbeit eng bleibt und stellte fest: "Großbritannien verlässt die EU, nicht aber Europa".

Angesprochen, ob Österreich auf einen harten Brexit vorbereitet ist, meinte **Kurz** gegenüber **Jörg Leichtfried (SPÖ)**, **Kai Jan Krainer (SPÖ)** und **Bruno Rossmann (JETZT)**, man sei sehr wohl auf alternative Szenarien vorbereitet, wolle dies aber medial nicht breit treten, um etwaige Verunsicherungen zu vermeiden. Betreffen würden allfällige Maßnahmen vor allem das Innenministerium (Staatsbürgerschaften), die Luftfahrt und Zollfragen. Auf EU-Ebene sei eine Brexit-Lenkungsgruppe eingerichtet worden, eine solche gebe es auch in Österreich.

Insbesondere habe man die in Großbritannien lebenden ÖsterreicherInnen im Auge. Eine direkte Schlechterstellung sollte es nicht geben, gegebenenfalls werde man nationale Nachschärfungen vornehmen, etwa mit dem Instrument einer doppelten Staatsbürgerschaft, so der **Kanzler**.

In diesem Zusammenhang äußerte auch **Josef Muchitsch (SPÖ)** Sorgen, dass Großbritannien den Weg eines unfairen Wettbewerbs beschreiten könnte, was sich für den Arbeitsmarkt in Europa negativ auswirken würde. Diese Bedenken teilte der **Bundeskanzler**, indem er darauf hinwies, dass die Brexit-Befürworter die Auffassung vertreten, ihr Land könne dann wieder selbst bestimmen, um freier und erfolgreicher im Wettbewerb mit Europa stehen zu können. Das Austrittsabkommen enthalte daher Bestimmungen zu den Bereichen Umwelt, Soziales und Steuerdumping, um einen derartig unfairen Wettbewerb möglichst auszuschließen. Dennoch müsse man mit einem starken Wettbewerb rechnen, sagte er, wobei diese Frage nicht einseitig betrachtet werden könne, denn beispielsweise seien die Banken weiterhin an einer engen Verbindung mit der EU interessiert. Man werde auch alles unternehmen, um einen möglichen "Steuersumpf und regulatorischen Sumpf vor der Haustür", wie dies **Kai Jan Krainer (SPÖ)** formuliert hatte, vorzubeugen.

Was den mittelfristigen Finanzrahmen betrifft, so sei Großbritannien derzeit nicht mehr berücksichtigt, erklärte **Kanzleramtsminister Gernot Blümel** gegenüber **Claudia Gamon (NEOS)**. Sollte die Übergangsfrist jedoch verlängert werden, dann werden man Adaptierungen vornehmen und Großbritannien adäquat ins EU-Budget einzahlen müssen, sagte er.

